



Verleger: Rudolf Wolff in Berlin. Druck: Rudolf Wolff in Berlin. Preis: 1 Mark 50 Pfennig.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags ausgenommen. Preis: 1 Mark 50 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Donnerstag 1. März 1919

Nr. 97 48. Jahrgang



Für einen neuen Rätekongress.

Die Tagung der Berliner Arbeiterräte.

Die gefragte Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte in den Germania-Sälen galt der Einberufung eines zweiten Rätekongresses...

Vorübergehende Verhaftung der Kommunisten im bayerischen Rätekongress.

Wiederfreilassung der Verhafteten. — Der Antrag auf Auslösung der Rätepublik abgelehnt.

Die politische Lage hat heute nachmittag wiederum eine schwere Entwicklung erlitten. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Rätekongresses...

Interdessen war draußen der Landtag abgepfert worden. Berlinische Truppen waren angezogen. Milde Erregung ging durch das Landtagsviertel...

Die Kommunistenpartei, die zuerst im Verdacht stand, die ganze Sache kurz vor der Einigung zurückzuführen...

Ein neues Dilemma legt ein. Es wird im Anblick noch ein Antrag durchgebracht, demzufolge der Zentralrat zusammen mit den Delegierten der einzelnen Räte heute nacht das Ministerium bestimmen soll...

Dann gab es eine Interbrechung. Die feierlicher auf dem ersten Rätekongress, erschien ein Arbeiterdeputationsausdelegation...

schafflichen Katastrophe. Zugleich wurde beschlossen, die Resolution der Regierung in Betreff telegraphisch zu übermitteln. Weiter wurde der Beschluss gefasst, eine Kommission...

Dann aber wendet der Verfasser sich gegen die Regierung, und besonders gegen die Nationalübernahmungskommission in der Regierung...

Zum mitteldeutschen Generalfreist

Der Streik in vielen Städten im Abflauen.

Generalfreist auch in Weimar?

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

11. Weimar, 28. Februar.

Die Streikbewegung in Thüringen ist nach im Zunehmen begriffen. Wie aus Leipzig hierher gemeldet wird, ist der Generalfreist für ganz Thüringen proklamiert worden, und es soll sich bereits eine große Anzahl von Städten, die bisher nicht im Streik waren, für den Streik erklärt haben. Andererseits ist zu beobachten, daß der Streik in einer Reihe von Orten, so in Gotha, Eisenach, Weisungen, Naumburg, Meiningen und Jena im Abflauen begriffen ist. Das Nachlassen der Streikkraft ist vor allen Dingen dort eingetreten, wo die Bürgerschaft den Generalfreist mit einem Bürgerstreik beantwortet hat. In Leipzig dagegen scheint dem Bürgerstreik ein voller Erfolg nicht beschieden zu sein. Die Lebensmittellieferanten sollen wieder geöffnet worden, nicht zuletzt aus Verlegenheit vor etwaigen Veränderungen bei eintretender Lebensmittelknappheit. Wie verlautet, soll aber auch der Generalfreist der Arbeiterchaft am Montag sein Ende nehmen. Überall wo gestreift wird, werden die Arbeitswilligen von den Spartacisten mit Gewalttätigkeiten bedroht und durch Zwang an die Arbeit gezwungen. In allen Städten, die im Streikgebiet liegen, sind die Zeitungen von den Streikenden besetzt und fast durchweg am Erscheinen verhindert worden. Die meisten Städte sind ohne Licht und Gas, und da auch der Eisenbahnverkehr überall unterbrochen ist, ohne Nahrungsmittelzufuhr. Besonders trübe Formen hat der Streik in Erfurt angenommen. Die Streikenden fordern dort sofortige Einsetzung von Betriebsräten. Die sofortige Sozialisierung der Bergwerke und Monopolvertriebe, die Zurücknahme des Gesetzes über die Einführung der Kommandogewalt und vor allem Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Bei der Regierung in Weimar fanden auch wieder andauernd Verhandlungen statt. Man ist noch wie vor entschlossen, falls eine gütliche Beilegung des Streiks nicht erfolgen kann, den Gewalttaten der Streikenden mit Gewalt zu begegnen. Die Aktion gegen Halle steht vor ihrer Durchführung. Die Abgeordneten Delius und Thiele dürften sich den Truppen anschließen, um sofort nach Einmarsch in Halle die erforderlichen Verhandlungen zu leiten. Aus dem Ruhrrevier liegen nur spärliche Nachrichten bei der Regierung vor. Die Regierungstruppen dürften heute nach ihre Stellungen weiter an Düsseldorf herangeschieben. Kämpfe haben bisher, soweit bekannt, nirgends stattgefunden.

Seute mittags lief im Reichswehrministerium die Nachricht ein, daß ein Sparacistenzug, der aus einer Lokomotive und zwei Wagen besteht, von Leipzig aus in Richtung auf Weimar sei. Es wurden sofort die erforderlichen Maßnahmen getroffen; es stellte sich aber bald heraus, daß der Zug in Gerbtha abgelehrt gemacht hatte und nach Leipzig zurückgekehrt war.

In Weimar selbst ist vom Streik bisher sehr wenig zu merken. Naturgemäß hat sich auch der Weimarer Bevölkerung eine Beunruhigung bemächtigt, um so mehr, als heute das Gerücht verbreitet wird, daß auch morgen in Weimar der Generalfreist losbrechen soll. Von einer solchen Nachricht ist aber an maßgebender Stelle nichts bekannt. Die Nachsicherung Weimars nach außen besteht nach wie vor. Allerdings verstehen die Parlementsmitglieder, wenn auch mit großen Vorbehalten, immer noch über Gera-Ghemme-Dresden. Der telephonische Verkehr von Halle ist teilweise unterbrochen. So besteht seit heute nachmittags keine Verbindungsmöglichkeit mit Halle, Mühlhausen, Eisenach und Dörfelberg.

Wie spät abends nach Weimar gemeldet wird, wurde der Bahnhof Weiskensens von Spartacisten besetzt. Das Reichskabinett hielt heute eine mehrstündige Kabinettsitzung ab, in der ausschließlich die Streikfrage den Gegenstand der Erörterungen bildete.

Zum Streik und Abwehrstreik in Leipzig.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

10 Leipzig, 28. Februar.

Der Generalfreist in Leipzig ist bisher ruhig verlaufen. Die Lage ist ernst, und die Streikbewegung hat weiter um sich gegriffen. Aber auch der Abwehrstreik der Bürgerchaft hat nun eingesetzt, besonders der Streik der Metzger und der Apotheker ist sichtbar, die nur in dringenden Fällen Hilfe leisten. Die Bürgerchaftsversammlung hat ihre Mitglieder verhandlungsunfähig erklärt, um so die Verhandlungen zwischen Spartacisten und Leipzig hat ihre Bureau geschlossen, wodurch die Streikbewegung verhindert wird. Es ist von Matrosen besetzt worden, die die Streikbewegung überkommen. Die für heute anberaumte Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte hat nicht stattgefunden, weil der Vorsitzende und andere Führer der Unab-

Gründung für den Frieden angenommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Letzte Nachrichten

Professor Ritsch dröhnt uns, daß er weder zur Generalprobe am Sonntag, noch zum Konzert am Montag in Berlin sein kann, da jede Verkehrsmöglichkeit zwischen Berlin und Leipzig unterbrochen ist.

Einem Verbrechen kam man gestern abend durch einen Leichenfund auf die Spur. Vor dem Grundhof Königin Landwehrstrasse 25 wurde eine zerstückte Leiche im Sande gefunden. Man landete dort ein verführerisches eines erwachsenen Mannes; Kopf, Arme und Beine waren abgeschnitten. Der Rumpf war in einen Paket gewickelt und mit einem Verband fest verpackt worden. Der grauliche Fund ließ gleich die Kriminalpolizei, die sofort die notwendigen Schritte zur Aufklärung einleitete. Der Leichenteil wurde beschlagnahmt und nach dem Schauplatz gebracht. Über die Persönlichkeit des Toten konnte bisher nichts festgestellt werden.

Genf, 28. Februar. (M. T. A.) Die Genfer Polizei entdeckte in einem Koffer die Leiche des Dresdener Millionärs Paul

hängigen nach Halle abgereist waren, um dort den Streikleitern zu verhandeln. In dieser Verhandlung ist auch Minister Bauer eingetroffen. Lediglich hat die Mitteilung der Eisenbahner beschließen, daß Milch und Backwaren nach Leipzig befördert werden dürfen. Von der Zeitungen nur die Leipziger 'Volkzeitung' erschienen.

Ablehnung des Generalfreists.

Entschließungen der Arbeiterchaft in a, Hildesheim, Okerleben und Helm.

Gera, 28. Feb. (M. T. A.)

Gestern tagten hier sämtliche sozialdemokratischen Organisationen einschließlich der Gewerkschaftsstellen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Generalfreist abzulehnen.

Berlin, 28. Feb. (M. T. A.)

Aus Hildesheim wird dem gewerkschaftsnachrichtendienst gemeldet, daß die Bergarbeiter es abgelehnt, sich an einem Sympathiestreik für die mitteldeutschen Braunkohlberge zu beteiligen.

N. Magdeburg, 28. Februar.

Die Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute des Deutschen Arbeitgeberverbandes, soweit die Werte des Geldlohn- und Überschneidender Braunkohlens in Betracht kommen, haben mit überwiegender Mehrheit in der Arbeiterkonferenz am 27. Februar eine Entscheidung gefasst, die besagt, die Beilegung der Regierung und der Nationalversammlung kann nicht als Mittel anerkannt werden, die Lage der Arbeit des deutschen Volkes zu verbessern. Auch die Forderung der Anerkennung des Räte Systems erscheint der Konferenz nicht als geeignete Mittel. Aus diesem Grunde glaubt die Konferenz einen Streik zurzeit nicht verantworten zu können, weil die Streik des Volkes des notwendigen Brennmaterials mangeln und unter Wirtschaftslieben sich unter Rohstoffmangel nicht halten kann. In Magdeburg ist es ruhig; jedoch haben die Konventionen, wie sie heute verhandelt, noch immer die Absicht, den Generalfreist zu erzwingen. Die gesamte Parteiführung, Staats- u. Gemeindebeamte, haben einstimmig beschlossen, sich in einem Abwehrstreik einzutreten, falls die Kommunisten keinen sofortigen Rückzug an sich zu zeigen.

Der Spandauer Generalfreist noch nicht beschlossen.

Eine Versammlung der Arbeiter der Spandauer Wehrfabrik.

Eine feierliche verläufene Versammlung der Arbeiter der Spandauer Wehrfabrik tagte gestern in Madrid, vor dem Thema Nationalversammlung oder 'Republik' sprach sich die von der Kommunistischen Partei, Wegner von d. Unabhängigen und Heller (Mitglied des Zentralrats von der R. P. D. Die beiden ersten Redner traten mit großer Schärfe für die R. P. D. Die beiden ersten Redner traten mit großer Schärfe für die R. P. D. Die beiden ersten Redner traten mit großer Schärfe für die R. P. D.

Eine feierliche verläufene Versammlung der Arbeiter der Spandauer Wehrfabrik tagte gestern in Madrid, vor dem Thema Nationalversammlung oder 'Republik' sprach sich die von der Kommunistischen Partei, Wegner von d. Unabhängigen und Heller (Mitglied des Zentralrats von der R. P. D. Die beiden ersten Redner traten mit großer Schärfe für die R. P. D. Die beiden ersten Redner traten mit großer Schärfe für die R. P. D. Die beiden ersten Redner traten mit großer Schärfe für die R. P. D.

Seute vormittag findet eine Sitzung der Groß-Berliner Betriebsräte statt.

Zum Regierungskommissar in Spandau ist auf Erlauchen des Spandauer Soldatenratvorstandes von der Regierung der Abgeordnete Stahl ernannt worden. Dem kommandierenden General des 3. Reservekorps v. Lüttich ist von Regierungskomitee Kommandogewalt bei den Spandauer Truppenanteilen unterstellt worden, ohne sich mit dem Regierungskommissar ins Einvernehmen setzen zu haben. General v. Lüttich, der mit seinem Freikorps in Döberitz steht, hatte dem Vorstand des Soldatenrats in Spandau ein Ultimatum gestellt, sich in fünfzig Tagen für oder gegen die Annahme der Kommandogewalt zu erklären.

Der Minister für die Kolonialen Angelegenheiten hat heute eine Kabinettsitzung abgehalten, in der die Kolonialfrage den Gegenstand der Erörterungen bildete.

Die Nationalversammlung ist folgende von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnete Entschließung angenommen:

Die in Artikel 19 des Grundgesetzes des Reiches über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilsenprogramms aufgeführten kolonialen Forderungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Aenderung dieser Bestimmungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame

Verpflichtung übernommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Der Minister für die Kolonialen Angelegenheiten hat heute eine Kabinettsitzung abgehalten, in der die Kolonialfrage den Gegenstand der Erörterungen bildete.

Die Nationalversammlung ist folgende von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnete Entschließung angenommen:

Die in Artikel 19 des Grundgesetzes des Reiches über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilsenprogramms aufgeführten kolonialen Forderungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Aenderung dieser Bestimmungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame

Verpflichtung übernommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Der Minister für die Kolonialen Angelegenheiten hat heute eine Kabinettsitzung abgehalten, in der die Kolonialfrage den Gegenstand der Erörterungen bildete.

Die Nationalversammlung ist folgende von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnete Entschließung angenommen:

Die in Artikel 19 des Grundgesetzes des Reiches über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilsenprogramms aufgeführten kolonialen Forderungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Aenderung dieser Bestimmungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame

Verpflichtung übernommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Der Minister für die Kolonialen Angelegenheiten hat heute eine Kabinettsitzung abgehalten, in der die Kolonialfrage den Gegenstand der Erörterungen bildete.

Die Nationalversammlung ist folgende von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnete Entschließung angenommen:

Die in Artikel 19 des Grundgesetzes des Reiches über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilsenprogramms aufgeführten kolonialen Forderungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Aenderung dieser Bestimmungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame

Verpflichtung übernommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Der Minister für die Kolonialen Angelegenheiten hat heute eine Kabinettsitzung abgehalten, in der die Kolonialfrage den Gegenstand der Erörterungen bildete.

Die Nationalversammlung ist folgende von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnete Entschließung angenommen:

